

## Kleine Heimatkunde RAD – Arbeitsmädchen – Fortsetzung

Am 1. Oktober 1939 rückte das erste Kontingent arbeitspflichtiger Frauen in Deutschland in die Lager des Reichsarbeitsdienstes weibliche Jugend (RADwJ) ein.

Um die vorgegebene Anzahl von 100.000 arbeitspflichtiger Frauen möglichst schnell zu erreichen, verschob Reichsarbeitsführer Konstantin Hierl „bis auf Weiteres“ die Entlassung der sich bereits im Arbeitsdienst befindenden Frauen („Arbeitsmädchen“), die normalerweise am 30. September 1939 ihren Dienst beendet hätten.

*Foto: Buchtitel, Autor Hans Retzlaff*

Konstantin Hierl, geboren am 24. Februar 1875 in Persberg/Schweden, war von 1931 bis 1935 Leiter des Freiwilligen Arbeitsdienstes (FAD) der NSDAP. Nach der Machtergreifung wurde er im März 1933 zum Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium und ein Jahr später zum Reichskommissar für den Freiwilligen Arbeitsdienst ernannt. Als am 26. Juni 1935 die Arbeitsdienstpflicht eingeführt wurde, übernahm Hierl als Reichsarbeitsführer die Leitung des Reichsarbeitsdienstes (RAD), die bis zum Ende der nationalsozialistischen Herrschaft in seiner Hand lag. Im Jahre 1936 wurde Hierl zum Reichsleiter der NSDAP ernannt und erhielt das Goldene Parteiabzeichen der NSDAP. Außerdem erhielt er am 14. Mai 1936 den „Stand“ als Generalmajor. Von 1943 bis 1945 war er Reichsminister ohne Geschäftsbereich.

Hierl wurde 1948 im Entnazifizierungsverfahren als Hauptschuldiger zu fünf Jahren Arbeitslager verurteilt und sein Vermögen eingezogen. Dem Reichsarbeitsdienst als solches konnten keine direkten Kriegsverbrechen nachgewiesen werden. Zu Hierls Verurteilung führte nicht nur seine Mitgliedschaft in der NSDAP und das „Mitmachen“ in seinen Ämtern. Erschwerend wurde sein Engagement im Tannenbergbund und das (frauenfeindliche, militärische) Erziehungssystem des Reichsarbeitsdienstes gewertet. Der Tannenbergbund – Arbeitsgemeinschaft völkischer Frontkrieger- und Jugendverbände (TB) war ein völkischer Verein, der sich vorwiegend aus Frontkämpfern des Ersten Weltkriegs bildete. Benannt war er nach der Schlacht bei Tannenberg im Ersten Weltkrieg. Er wurde am 5. oder 7. September 1925 unter entscheidender Mitwirkung des späteren Reichsarbeitsführers Konstantin Hierl gegründet, der offiziell nur Landesvorstand von



Bayern war, aber als eigentlicher Organisator des TB deutschlandweit arbeitete. Der Bund propagierte u. a. den Revanchekrieg gegen Frankreich sowie die Gewinnung von „mehr Raum für unser zusammengepresstes Volk und dass jeder (Fremde), „der sich in unsere häuslichen deutschen Zwistigkeiten einzumischen sucht, hinausgeworfen wird“. Nach seiner Entlassung aus verschiedenen Internierungslagern und einem mehrjährigen Schreibverbot betätigte er sich als Publizist. Nach Angaben des Heimatforschers Fritz Barth lebte er bis 1955 in Neuenbürg, in der Nähe von Pforzheim und wurde auf dem dortigen Friedhof beerdigt. Gestorben ist Hierl allerdings in Heidelberg (23.09.1955). Die 1954 herausgegebenen Memoiren mit dem Titel „Im Dienst für Deutschland 1918–1945“ trafen wegen ihrer völkischen Tendenzen auf Kritik. Zur Erforschung der Geschichte des Reichsarbeitsdienstes trugen sie wenig bei. Das Foto zeigt Konstantin Hierl 1939 mit Arbeitsmädchen im Lager Bad Doberan (heute: Landkreis Rostock, Mecklenburg-Vorpommern).



Bald nach der Einberufung von jungen Frauen zum „Reichsarbeitsdienst weibliche Jugend“ (RADwJ – Foto: Archiv Preussisches Kulturgut), gab es aber Ärger, weil nicht nur die bei den Landesarbeitsämtern als arbeitslos gemeldeten Frauen, sondern auch immer mehr schon in der Ausbildung oder in den Fabriken und anderweitig in der Wirtschaft arbeitende Frauen ebenfalls „geholt“, also zum Arbeitsdienst im RADwJ verpflichtet wurden. Das wurde einige Zeit hingenommen, bis es dann jedoch auch Frauen betraf, die sich als Munitionsarbeiterinnen oder technische Zeichnerinnen „eingearbeitet“ hatten. Hierl und sein RADwJ gingen sogar soweit, dass sie verlangten, dass jede Widersetzung gegen die Einberufung zum RADwJ als Sabotage und damit mit Zuchthaus zu bestrafen sei“. Damit hatte der RAD allerdings den Bogen überspannt. Konstantin Hierl musste dem Protest des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamts nachgeben und musste vor allem wieder zulassen, dass keine Frauen aus der Rüstungsindustrie mehr eingezogen wurden, bzw. dass die Rüstungsindustrie sogar bevorzugt auch mit weiblichen Arbeitskräften versorgt wurde. Im März 1940 forderten der Reichsarbeitsminister und das Oberkommando Wehrmacht (OKW) Hierl sogar auf, den weiblichen Arbeitsdienst für die Beschäftigung in Munitionsbetrieben zur Verfügung zu stellen. Der schon in der rückwärtsgewandten Konzeption des Frauenarbeitsdienstes („Frauen gehören an den Herd“) angelegte Konflikt zwischen der irrational-ideologischen des RAD bzw. RADwJ und dem eigentlich damit verfolgten Zweck der nationalsozialistischen Herrschaft, auch Frauen (heimlich) zur Produktion von kriegsnotwendigem Material heranzuziehen, spitzte sich nun vollends zu. Als Reichsarbeitsführer Hierl dennoch eine Aufstockung des RADwJ (also der „Arbeitsmädchen“)



auf 130.000 vorsah, stieß er damit natürlich prompt auf den Widerstand der Wehrmacht und bei Reichswirtschaftsminister Hermann Göring, der in seinem Vierjahresplan anderes vorgesehen hatte sowie in den meisten Reichsministerien. Der Reichsarbeitsführer (Hierl) musste nicht nur nachgeben, sondern auch das Versprechen abgeben, während des Krieges auf die Frauen für seinen RADwJ zu verzichten, die in der Rüstungs-, bzw. der „Kriegswirtschaft“ tätig sind (waren). Konstantin Hierl versuchte zwar, trotz dieses Versprechens den Leiter des OKW, Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, mit dessen früherer Aussage „dass er (Keitel) auf die allmähliche Ausgestaltung des weiblichen RAD großen Wert lege“ zu „packen“. Keitel holte jedoch Görings Stellungnahme ein und lehnte, nach negativer Entscheidung durch Göring, die Unterstützung Hierls ab. Kurz darauf, am 1. Oktober 1940 wiederholte Keitel sogar sein Ersuchen, im November unterstützt vom Landesarbeitsamt Bayern, „Arbeitsmädchen“ für dringende Arbeiten in zwei Münchener Unternehmen zur Verfügung zu stellen. Das allerdings lehnte Konstantin Hierl (ungeschoren) ab, mit dem Hinweis auf den dringenden „Arbeitsmädchen“-Bedarf bei der „Ostsiedlung“, also z.B. auch im Protektorat Böhmen und Mähren und somit auch in der Iglauer Sprachinsel.

Trotzdem gab es für die Ausweitung des RADwJ einen weiteren „Dämpfer“, nämlich mit einem Erlass Adolf Hitlers, in dem der „Führer“ verfügte, dass der (inzwischen etablierte) „Kriegshilfsdienst“ (KHD) sechs Monate dauern und direkt an den RAD (RADwJ) anschließen solle. Damit waren Hierl, dem kurioserweise auch der KHD unterstellt war, „die Hände gebunden“, den RADwJ, also den Dienst der Frauen im RAD nach seinem Bedarf (Gutdünken) in die Länge zu ziehen. Aus den „Arbeitsmädchen“ wurden damit „Kriegshilfsdienstmädchen“.

Offiziell lehnte es Hierl jedoch ab, die „Arbeitsmädchen“ an die Rüstungsindustrie abzugeben. In Wirklichkeit waren, darüber wurde schon berichtet, die Arbeitsmädchen auch in den RAD-Lagern kriegswichtiges Material herzustellen und wenn es nur dicke gestrickte Socken oder Mützen waren, oder die Herstellung von strohbefüllten Kissen, Bettdecken und Matratzen (Foto: „Mainpost“), für die Lager der Soldaten. In manchen RAD-Lagern wurden jedoch z.B. auch Geschosse (für Gewehre) mit Schwarzpulver befüllt.

Allerdings kam Konstantin Hierl zugute, dass der „Kriegshilfsdienst“, den Hitler mit seinem Erlass stärken wollte, im Prinzip unerwünscht war, wie es offiziell hieß. Insbesondere das Wirtschafts-Rüstungsamt und das Reichspostamt wehrten sich gegen den Erlass des „Führers“ und Reichskanzlers und argumentierten, dass bereits aufgrund der Notdienstverordnung und der bestehenden Dienstverpflichtungen in den Bereichen der genannten Ministerien, aber insgesamt in der Wirt-

schaft viele Arbeitskräfte fehlen würden. Da jedoch der Erlass Hitlers bereits unterzeichnet war, verebbte der Widerstand der Ministerien und Reichsarbeitsführer zunächst. Hierl nutzte die Gunst der Stunde, zur Erhöhung der Zahl der „Arbeitsmädchen“ im RAD und des Stammpersonals der „Mädchenlager“ auf 130.000, kündigte sogar eine Erhöhung auf 150.000 an. Allerdings hatte Hierl schon Probleme, überhaupt auf 130.000 zu erhöhen. Zudem beschwerte sich erneut das Wirtschafts-Rüstungsministerium und kurz darauf auch die Geschäftsleitung der AEG, dass ihr durch die Ablehnung, des RAD weibliche Arbeitskräfte („Arbeitsmädchen“) für den „Kriegshilfsdienst“ frei zu geben, bzw. die Zahl der „Arbeitsmädchen“ sogar aufzustocken, dringend als technische Helferinnen benötigte Frauen für die/das Unternehmen fehlen. Schließlich gab Hierl nach und verpflichtete sich, jene „Arbeitsmädchen“ von der Kriegshilfsdienst-Pflicht zu befreien, die Rüstungsarbeiterinnen waren oder werden wollen. Den direkten „offiziellen“ Einsatz des RADwJ, mithin also der „Arbeitsmädchen“, hatte Hierl damit erneut verhindern können. Aber nicht lange, denn bereits 1941 meldeten sich diverse „Rüstungsinspektionen“ und beschwerten sich, dass die vom KHD befreiten Arbeitsmädchen „nur in äußerst geringem Maße oder gar nicht der Kriegsmaterial-Fertigung zugute gekommen sind“, sondern bei den Verwaltungsbehörden untergekommen wären. Auch das Ziel, Männer „für den unmittelbaren Kriegseinsatz freizumachen“ (aus dem RAD u. KHD), sei nicht erreicht worden.

Der Druck, den die Ministerialbürokratien, Wehrmachtsstellen und Unternehmen auf den RADwJ und den RAD überhaupt ausübten, nahm zu. Der massivste Druck kam aus der Hermann Göring unterstehenden Vierjahresplan-Behörde, in dem diese vorschlug, Göring solle Hitler dazu bewegen, den Kriegshilfsdienst (KHD) aufzulösen, da der KHD „arbeitsmäßig versagt habe“. Die Vertreter (Unterhändler) des KHD konnten die Auflösung nur dadurch verhindern, dass die Bereitstellung von 25 – 30.000 „Mädchen“ für die Rüstungsindustrie verbindlich zugesagt wurde. Damit war zwar die Bedrohung der Auflösung des KHD verhindert, aber nur um den Preis des Einsatzes der „Mädchen“ des RAD (nun auch ganz offiziell) in der, bzw. für die Rüstungsindustrie.



Flackhelferinnen am „Horchgerät“  
(Foto: Bundesarchiv)

Die „Agrarromantiker“ des RAD (tüchtige, blitzsaubere „Maiden“ unterstützen fröhlich unsere tüchtigen Bauern), hatten bis dahin in nahezu allen Auseinandersetzungen obsiegt. Der erste wichtige Rückschlag, die Abgabe von „Maiden“ an die Rüstungsproduktion, aber bedeutete den Anfang vom Ende der Illusionen zu einer möglichen Wiederherstellung der vorindustriellen bäuerlichen Welt. Im weiteren Verlauf des Krieges setzte sich durch, dass sich immer mehr „Maiden“ von der reaktionär-utopischen Ideologie entfernten, vielfach gefördert durch die Kriegspropaganda der Nationalsozialisten, bis am Ende von der ursprünglichen Idee des Reichsarbeitsdienstes (auf dem Lande) nichts mehr übrig blieb. Im Winterhalbjahr 1942/43 war der Kriegshilfsdienst-Einsatz bereits die Regel, die Arbeit von „Kriegsdiensthilfsmaiden“ bei den Behörden, in den Krankenhäusern und bei den Familien, hingegen nur noch die Ausnahme. 1943 wurden selbst „Hausgehilfinnen“ nicht mehr von der Ableistung der KHD-Pflicht und damit von der „Rüstungsarbeit“ freigestellt. Im selben Jahr begann auch der Einsatz von „Arbeitsmädchen“ bei der Luftwaffe und im Heer (Flackhelferinnen etc.). Und im Herbst 1944 forderte sogar Konstantin Hierl für „seinen“ RADwJ den verstärkten Einsatz für die Kriegsindustrie und in der Wehrmacht (für den „Endsieg“).

Stefan Bajohr, aus dessen Veröffentlichung unter dem Titel „Weiblicher Arbeitsdienst im „Dritten Reich““ der Grenzboten freundlicherweise zitieren durfte, zieht folgendes Fazit, dem nichts hinzuzufügen ist: „Die Erziehung junger Frauen zur sparsamen Hausfrau und kinderreichen Mutter, zu Ländlichkeit, Brauchtum und Innerlichkeit war nicht mit den wachsenden Bedürfnissen einer – noch dazu im Krieg stehenden industriellen Gesellschaft und der damit sich verändernden Stellung der Frau im und zum gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozess zu vereinbaren. Die Wiederherstellung (Rekonstruktion) einer als Idylle vorgestellten vorindustriellen Welt fand nicht statt. Die vom RAD so zäh verteidigte nationalsozialistische Ideologie unterlag der Wirklichkeit der nationalsozialistischen Herrschaft.“

Zur Person von **Stefan Bajohr**, aus dessen Veröffentlichung, wie gerade erwähnt, im Vierteljahresheft für Zweitegeschichte, Jahrgang 28 (1980), Heft 3, das Wesentliche zur Geschichte des weiblichen Arbeitsdienstes übernehmen durften, hier noch einmal (in Gänze): 1950 geboren in Bad Harzburg, Schulbildung, Ausbildung zum Zeitungsredakteur, 1972-1978 Studium der Geschichte, Politikwissenschaften und Soziologie an den Unis in Bielefeld, Zürich und Marburg, 1977 Magister Artium, 1978 Dr. phil. 1979-1982 Wissenschaftlicher Mitarbeiter, zuletzt im Bundeskanzleramt in Bonn, 1982-1985 Regierungsangestellter im Arbeitsministerium in NRW, bis 1990 Persönlicher Referent des SPD-Vorsitzenden im Landtag in NRW und in weiteren politischen Funktionen in NRW, 1991-1995,



bzw. 2018 Leitender Ministerialrat, Mitglied in div. Aufsichts-, Beirats-, und Verwaltungsräten. Von 1995-2000 Mitgl. des Landtags in NRW und Haushalts- u. Finanzpolitischer Sprecher von Bündnis 80/Die Grünen, sowie weitere politische und öffentliche Ämter von 2000-2009. Von 2009-heute Professor am Lehrstuhl Politikwissenschaft 1 des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Heiner-Heine-Universität in Hagen, 2018-2020 Bundesvorsitzender des Verkehrsclubs Deutschland (VCD) e.V. und von 2021-2022 Mitherausgeber des Magazins „fairverkehr“ der fairverkehr-Verlagsgesellschaft Bonn. (Foto: vcd.org/Privat).

Wie schon in der letzten Grenzboten-Ausgabe berichtet, gab es RAD-Lager für Arbeitsmädchen in Iglau z.B. an der Straße nach Tabor/Pilgram, also schon etwas außerhalb der Stadt, aber auch das im Volksmund sogenannte „Noarnhaus“ („Narrenhaus“), wurde als RAD-Lager umfunktioniert. Mädchenlager gab es zudem in folgenden Dörfern: Altenberg (ebenfalls etwas außerhalb, an der Straße Richtung Wolframs), Bergersdorf, Deutsch Gießhübel, Friedrichsdorf, Gossau, Obergöß, Pattersdorf, Stannern, Stecken, Willenz und Wolframs. Zumindest sind diese Lager dem Archiv in Iglau und dem Autor Jiří Výchál bekannt. (J. Výchál = Buch „Iglau u. Hakenkreuz“ u.a.).



Über das RAD-Mädchenlager in Stannern, genauer gesagt über den Aufbau und das Lagerleben sowie Hinweise zu Mädchen oder die Lagerleitung ist – zumindest bis dato – nichts bekannt. Aus der Zeit, als das ab 1945 berüchtigte Internierungslager noch von „fröhlich singenden Mädchen“ bewohnt war, gibt es lediglich eine einzige bekannte Aufnahme. Das Foto wurde dem Grenzboten vom Iglauer Stadt-/Kreis-Archiv zur Verfügung gestellt (auf elektronischem Weg). Das Original verwahrt Ladislav Plavec in seinem Privat-Archiv. Der Grenzboten ist stolz, seinen Lesern diese Aufnahme zeigen zu können, die bislang hierzulande noch nie öffentlich gezeigt wurde. In den Stolz mischt sich natürlich auch Wut und Trauer darüber, dass unschuldige Männer, Frauen und Kinder, dort derart schlecht und menschenunwürdig behandelt und untergebracht wurden, dass viele dadurch schon im Lager ums Leben kamen, oder so geschwächt waren von Mangelernährung und den im Lager grassierenden Krankheiten, dass sie den Marsch von Stannern zur österreichischen Grenze nicht überlebten, sterbend am Wegrand zurückgelassen werden mussten. Zu Recht wird dieser Marsch, genauer gesagt, werden diese zwei Märsche, für diejenigen, die zunächst nicht über die Grenze gelassen wurden, als „Todesmarsch“ bezeichnet. Das Lager existiert heute nicht mehr. Das Gelände, linksseitig der Straße in Richtung Mitteldorf, Ranzern, Willenz, Iglau ist bebaut. (Siehe auch Grenzboten April/Mai 2021, Seite 6).

Erhalten ist in Stannern aber noch eine ehemalige „Männer-Baracke“ des RAD-Lagers, die bis in die jüngere Zeit als Turnhalle genutzt wurde. Auch darüber und darüber, dass eine Bürgerinitiative versucht die Baracke als „Kulturdenkmal“ zu erhalten und als Museum zu nutzen, wurde im Heimatblatt schon berichtet. Die Lage des Lagers in Altenberg hat Ortsbetreuer und Obmann Adolf Hampel freundlicherweise präzisiert. Er schreibt: Das frühere RAD-Lager für die weibliche Jugend befand sich auf der linken Seite des „Hellerberges“ (wenn man von Iglau nach Altenberg kommt), unmittelbar an der Eisenbahnstrecke Iglau – Tabor (Böhmisch – Mährische Transversal Bahn) und damit nicht auf dem Gemeindegebiet von Altenberg, sondern auf dem Gebiet der Stadt Iglau in der Flur „Na dolech“. (Danke, lieber Adolf!) Damit ist auch klar, dass das Maidenlager in Wolframs tatsächlich zu Wolframs gehörte.



*Das (alte) Rathaus in Schlappenz (Foto: Wikimedia)  
Heute ist das Gemeindeamt in einem neu errichteten  
Gebäude untergebracht.*

Frau Anni Frost geb. Altrichter aus Schlappenz (Heute: Borken/Hessen), berichtete dem Grenzboten von einem Maiden- und einem Männer-RAD-Lager in **Schlappenz**.

Das Männerlager befand sich an der Straße nach Pfaffendorf, das Maidenlager war an der Straße in Richtung Schachersdorf. Anni Frost erinnert sich noch gut an die Lager. Sie war bei der Vertreibung 12 Jahre alt. Etlliche Male haben Sie und andere Kinder aus Schlappenz im



*Schlappenz, Dorfansicht aktuelle Aufnahme (wikimedia)*

Maidenlager zu Mittag gegessen und mit einer Maid war Anni sogar befreundet. Das Männer-Lager war natürlich „tabu“. Als das Maidenlager aufgelöst wurde, blieben neben vielem anderen, auch viele Fahrräder zurück, die die Kinder und Jugendlichen in Schlappenz sich holten.

Anni Frost's Eltern hatten in Schlappenz eine Schreinerei, und waren Inhaber der Leichenbestatterei, heute heißt das Beerdigungsinstitut. Anni Frost erzählte, wie sie oftmals als Kind im elterlichen Betrieb Beerdigung spielte und dazu Puppen in die vorbereiteten Kindersärge legte – auch eine Art der unbeschwerten Kindheit. Frau Frost (damals Altrichter, 12 Jahre alt), kam im Zuge der Vertreibung mit den Eltern bzw. der Mutter und weiteren Familienangehörigen ins Lager in Pattersdorf. Sie meint sich zu erinnern, dass es auch in Pattersdorf zwei RAD-Lager gegeben hat. Tatsache ist, dass das (1945 schon ehemalige) dortige Maidenlager, nach dem sie von Haus und Hof verjagt waren, nun als Internierungslager für die Vertriebenen diente. Walter Kuba (verstorben am 11.11.2010), ein enger Freund unseres ehemaligen, am 21. November 2020 verstorbenen Ehrenbundesvorsitzenden Fritz „Fiffo“ Hawelka, schreibt über das Lager Pattersdorf in einem Brief vom 5. April 2002, der dem Grenzboten vorliegt, an die Schriftstellerin Herma Kennel: „In Zeiten des Protektorates war es (das Lager Pattersdorf) ein RAD-Lager für Mädchen, gebaut etwa 1942/1943. Sofort nach Kriegsende wurde es als „Aussiedlungs“-Lager für Deutsche eingerichtet. Hier wurden die Transporte nach Deutschland zusammengestellt, manche in die „DDR“, manche nach Westdeutschland – wer Glück hatte!.

Die aus Pattersdorf Transportierten wurden am Güterbahnhof in Deutsch-Brod in Viehwaggons verladen. Das Lager wurde sofort nach dem Abtransport wieder mit neuen Leuten gefüllt. Die tschechische Lagerleitung bestand aus dem Lagerleiter Pavlicek und vier Wachposten (mit Namen) Bruns, 2 x Cerny und Jerabek. Sie haben aber, in meiner Zeit, als ich im Lager war, die Deutschen nie misshandelt, angeblich auch früher nicht. In dieser Hinsicht war angeblich das Lager Stecken viel schlimmer. Von dort wurden die Leute ab Iglau abtransportiert.



*v.li.n.re.: Felix Herbst, Frau Matula/Klein, Marie Neubauer (im Brief steht „Neugebauer“), Walter Kuba.  
Vorne sitzend: Lagerleiter Pavlicek.*